

Januar 2015 in der Süddeutschen Zeitung.

Eigentlich sollten jetzt die ersten von 26 Castoren mit den letzten Resten der Wiederaufarbeitung deutschen Atom Mülls aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague in Frankreich und Sellafield in Großbritannien nach Deutschland zurückkommen. Jedoch weiß niemand, wohin damit. Die Bundesländer sehen die Energiekonzerne in der Pflicht. E.ON und andere Unternehmen argumentieren dagegen, daß sie schon Gorleben bezahlt hätten. Verbleibt der Müll in Frankreich und Großbritannien, fallen Mietkosten in Millionenhöhe an.

Der Deutsche Bundestag hatte im Sommer 2013 beschlossen: „Mit der Verabschiedung des Standortsuch-Gesetzes werden die Transporte von Behältern mit abgebrannten Kernbrennstoffen ins Zwischenlager Gorleben eingestellt.“ Niedersachsen hatte den Beschluß zur Bedingung für einen Neustart bei der Lösung des Atommüll-Problems gemacht.

„Der Einlagerungsstopp für Gorleben wurde gesetzlich festgeschrieben, um Vertrauen in eine Endlagersuche ohne Vorfestlegungen zu schaffen, darauf pochen wir“, schreibt dazu die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danzenberg (BI). „E.ON rüttelt an diesem Konsens. Und der Länderegoismus verhindert, dass der Wiederaufarbeitungsmüll an anderer Stelle verwahrt wird. Was kommt dann erst auf uns zu, wenn es um mögliche Endlagerstandorte jenseits von Gorleben geht?“, fragt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Es gibt aus Sicht der BI auch kein „Gorleben-Problem“, sondern ein umfassendes Atommülldilemma. „Zwischenlager werden zu Dauerlagern, weil das Festhalten am geologisch fragwürdigen Salzstock Gorleben in der Vergangenheit dazu führte, dass ein Endlager frühestens im Jahr 2050 zur Verfügung steht. Es

braucht ein völlig neues Zwischenlagerkonzept und kein Beharren auf Gorleben“, so Ehmke.

Zwischenlager sind zudem nicht für den Atom Müll aus Wiederaufbereitungsanlagen ausgelegt. Dafür werden unter anderem zusätzliche „heiße Zellen“ verlangt, in denen Castoren bei Bedarf repariert werden können, wie es eine in Gorleben gibt. ●

## Atommüll

# Atommüllexporte aus Jülich in die USA

## Experimente zur Wiederaufarbeitung in Jülich

Die Bundesregierung unterstützt die Prüfung einer Rücknahme und Behandlung graphitbasierten Kernbrennstoffs aus Deutschland durch die USA. Dort soll er zu einer schadlosen Verwertung zu friedlichen Zwecken im Rahmen der zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem US-Department of Energy bestehenden Kooperation verwendet werden, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort 18/3759 vom 14. Januar 2015 auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke zu einem eventuellen Export von abgebrannten Kugelbrennelementen aus der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor Jülich (AVR Jülich) in die USA. Für die Bundesregierung sei die Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt das Leitkriterium zum Umgang mit den Kernbrennstoffen aus dem AVR-Behälterlager in Jülich. Das Verwaltungsverfahren zur Verlängerung der Genehmigung einer Aufbewahrung der Brennelemente (AVR-BE) in Jülich habe wegen seiner Komplexität noch nicht abgeschlossen werden können.

Die Fraktion Die Linke hatte in ihrer Anfrage einleitend ausgeführt: Die Savannah River Nuclear Solutions, LLC (SRNS) in den USA und die Forschungszentrum Jülich GmbH haben mit Datum 30. November 2012 die Vereinbarung WFO-13-002 zum geplanten Jülicher Castorexport getroffen. Diese Vereinbarung ist im Rahmen des US-amerikanischen Umwelteinformationsgesetzes freigegeben worden. Dort sei trotz Schwärzungen an einigen Stellen ersichtlich, daß in Vorbereitung eines eventuellen Exports von abgebrannten Kugelbrennelementen aus der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor Jülich (AVR Jülich) in die USA noch Untersuchungen durchzuführen sind, bei denen geprüft werden soll, ob die geplante Verarbeitung überhaupt machbar ist. Der Vereinbarung sei zu entnehmen, daß offenbar die Entwicklung von Verfahren zur Abtrennung des Kernbrennstoffs der Jülicher Brennelemente vom Graphit (kurz „Wiederaufarbeitung“) nur teilweise in den USA erfolgen soll. Vielmehr sei geplant, die Entwicklung in den USA nur an unbestrahlten Brennelementen auszuführen, die eigentlichen Entwicklungsschritte mit bestrahlten Brennelementen aber in Jülich durchzuführen. Bei Letzterem sollen US-Wissenschaftler in Jülich helfen.

Wie bereits im September 2014 im Strahlentelex berichtet wurde, ist geplant, 455 Castoren mit Brennelementen aus dem AVR und THTR-300 in die USA abzugeben, mit von Deutschland zu übernehmenden Kosten von circa einer Milliarde US-Dollar. Das entspricht etwa dem vierfachen Wert der aus diesen Kugeln gewonnenen Elektrizität und unterstreicht damit den Tenor eines Expertenberichts, demzufolge die Kugelhaufen-HTR-Technologie als gescheitert anzusehen ist. Von Vertretern der Umweltbewegung werden diese Pläne als recht-

lich unzulässig und unverantwortlich abgelehnt, da es einen Freikauf von der Entsorgungsverantwortung zu Lasten der schon mit erheblichen Atommüllproblemen kämpfenden US-Region South Carolina darstellt und eine unnötige Finanzierung von gefährlicher nuklearer Wiederaufarbeitungstechnik bedeute.

Bundestagsdrucksache 18/3759 vom 14.01.2015, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/037/1803759.pdf>  
Rainer Moormann, Jürgen Streich: Kugelhaufenreaktoren – Status nach Erscheinen einer unabhängigen Expertenstudie zum AVR Jülich, Strahlentelex 664-665 v. 04.09.2014, S. 1-6, [www.strahlentelex.de/Stx\\_14\\_664-665\\_S01-07.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_14_664-665_S01-07.pdf) ●

## Atommüll

# Brennelementefabrik der AREVA in Lingen

Die Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen hat im Jahr 2014 insgesamt 774 Brennelemente ausgeliefert, viele davon an französische, deutsche und finnische Atomkraftwerke. Seit 2009 seien es insgesamt 1.336 Brennelemente gewesen. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 19. Januar 2015 auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke. [1]

Die Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF) in Lingen sei Teil der internationalen Brennelementefertigungsaktivitäten des französischen Staatskonzerns AREVA, heißt es darin weiter. Der Bundesregierung seien derzeit keine Pläne bekannt, daß Aktivitäten aus Deutschland ins Ausland verlagert werden sollen. Durch den deutschen Ausstieg aus der kerntechnischen Stromerzeugung falle für das deutsche Tochterunternehmen jedoch ein großer Teil des Heimatmarktes weg. Gleichzeitig sei